

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion I: Förderliche und hemmende Faktoren bei der Realisierung ökologischer Siedlungsprojekte

Fuchs, Oliver; Küpper, Stefan; Schöberle, Marianne

Teilnehmer:

Dr. Evelyn Gustedt, Universität Hannover (Moderation); Prof. Dr. Peter Heck, Fachhochschule Trier; Prof. Kees Duijvestein, Technical University Delft; Dr.-Ing. Martin Oldenburg, OtterWasser GmbH, Lübeck; Roland Veith, Projektgruppe Vauban, Freiburg;

In dieser ersten Podiumsdiskussion sollten aus der Perspektive der einzelnen vorgestellten Fallbeispiele bestehende hemmende und förderliche Faktoren bei der Projektumsetzung benannt und insbesondere die Möglichkeiten der breiteren Übertragbarkeit der Modellprojekte auf Siedlungsvorhaben diskutiert werden.

Zu Beginn der Diskussion wurde der Frage nachgegangen, wie sich die vorgestellten Modellprojekte in den Anfängen, d.h. von der Idee bis zur Umsetzung, entwickelt haben und welche Managementstrukturen erforderlich waren.

Für die ökologische Wohnsiedlung Flintenbreite in Lübeck wurde berichtet, dass die Initiative von der Stadt Lübeck kam, die einen offenen Wettbewerb ausgeschrieben hatte. Es fand sich eine Gruppe von Engagierten (Architekt, Hausplaner, Tiefbauingenieurin und OtterWasser GmbH), die das Projekt mit viel Engagement realisierten und weiterhin großes Interesse haben, es als Referenzprojekt fortzuführen.

Bei der Umsetzung des Projekts wurde klar, wie wichtig die Auswahl der richtigen Schlüsselpersonen bzw. Ansprechpartner und die Mitarbeit engagierter Beteiligter für die erfolgreiche Planung und Umsetzung eines Projektes ist. Denn bestehende Bestimmungen und Gesetze beim Siedlungsbau sind nicht immer kompatibel mit den Anforderungen an den ökologischen Siedlungsbau. Zum Beispiel hatte die Wohnsiedlung in Lübeck eine Genehmigung zum Betrieb einer Abwasseranlage erhalten, doch wurde sie vom Anschlusszwang an das städtische Klärsystem nicht befreit - dennoch ist die Siedlung nicht angeschlossen. Aus anfänglicher Ablehnung und Befürchtungen wie z.B. „aufkommende mittelalterliche Zustände“, ist, unterstützt durch Willen und Engagement einen Weg zur Lösung zu finden, am Ende ein geduldeter Zustand geworden.

Anfangsschwierigkeiten bei der Umsetzung von Ideen gab es auch in der vorgestellten Siedlung in Freiburg-Vauban. Die Idee, Regenwasser für die Toilettenspülungen in einer Schule zu nutzen, wurde zunächst stark kritisiert. Auch wenn das Gesundheitsamt zugestimmt hatte, war letztlich der Durchsetzungswille des Stadtrates dafür entscheidend, dass die Schule in Freiburg-Vauban nun die erste und einzige Schule in Freiburg ist, die Regenwasser für die Toiletten nutzt.

Es hat sich in den beiden Fällen gezeigt, wie wichtig Schlüsselpersonen für Modellprojekte sind, die ihr Wissen und Engagement zur Änderung **bestehen-**

der Bestimmungen, so z.B. beim Abwasserrecht, zu Gunsten von ökologischer Siedlungsentwicklung einsetzen können.

Wie nötig Änderungen und Flexibilität im Abwasser- und Versorgungsrecht sind, wurde auch am niederländischen Beispiel der Wohnsiedlung Nieuwland in Amersfoort verdeutlicht. Zum einen wurde den Bewohnern zwar erlaubt, sich nicht ans städtische Abwassersystem anschließen zu lassen, aber bei der zentralen Wärmeversorgung mussten Bewohner, die auf eigene Kosten ihre Häuser besser isolierten, trotzdem weiterhin den höheren festgesetzten Versorgungspreis wie alle anderen Bewohner zahlen.

Eine weitere wichtige Rolle im Planungsprozess spielt aus Sicht der Diskutierenden auch die Kommunikation mit den Bürgern. Diese stellt sich über die reine Bürgerbeteiligung hinaus in vielen Fällen als ein kontinuierlicher Lernprozess dar. Sie ist zwar ein aufwendigeres Verfahren, ist aber zu einem zentralen Instrument im Planungsprozess geworden, weil sie neben einer engen Verbindung zwischen den Menschen und ihrem zukünftigen Heim auch ein hohes Maß an Wohlfühlen in und Identifikation mit dem neuen Wohnquartier schafft.

Im Projekt in Freiburg-Vauban wurde z.B. von Anfang an viel Spielraum für die Ideen und Veränderungswünsche der Bürger und zukünftigen Bewohner eingeräumt. Die Bürgerbeteiligung hatte hier maßgeblichen Einfluss beim Thema Parken am Quartiersrand sowie der Errichtung eines Bürger- bzw. Gemeinschaftshauses.

In Lübeck-Flintenbreite wurde ein Ansprechpartner für die täglichen Belange der Bewohner in Form einer „Hausmeisterstelle“ geschaffen, um ihnen den Umgang mit den für sie teilweise noch unbekanntem Ver- und Entsorgungsanlagen zu erleichtern und auch um diese technischen Einrichtungen zu warten.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit weitere neue Arbeitsplätze in den Modellprojekten entstanden sind. In Freiburg-Vauban und Nieuwland z.B. war neben der Wohnfunktion von vornherein eine Gewerbeansiedlung miteingeplant. In den beiden Baugebieten entstanden zahlreiche neue Läden und kleinere Betriebe. In Freiburg-Vauban konnten damit ca. 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings wäre dieselbe Anzahl auch bei der Realisierung der Siedlung im konventionellen Stil entstanden. Es wurde aber zu bedenken gegeben, dass viele Arbeitsplätze an anderer Stelle in der Wertschöpfungskette entstanden sind, die im Zusammenhang mit dem ökologischen Siedlungsbau zu sehen sind, wie z.B. in den Fachbetrieben für die umfangreichen Photovoltaikanlagen.

Weiteres zentrales Thema der Diskussion war die mögliche Übertragbarkeit der Modellprojekte auf andere Städte bis hin zu einer „normalen Siedlungsentwicklung“. Die Diskutierenden waren sich einig, dass die Modellprojekte mit ihren effizienten neuen Technologien auf die Siedlungsentwicklung vieler Städte übertragen werden könnten. Dafür, dass hier trotzdem wenig geschieht, wurden verschiedene Gründe gesehen. Zum einen ist die Nachfrage nach ökologischem Siedlungsbau nicht sehr ausgeprägt: Damit entsteht in den Kommunen kein Handlungsdruck, der ökologische Siedlungsbau ist nur wenig in der kommunalen Diskussion. Neue Erkenntnisse lassen sich zudem erst über einen längeren Zeitraum in Verwaltungs- und politisches Handeln umsetzen. Die Entscheidungen der Kommunen sind bei diesem Thema außerdem in starkem Maß abhängig von den Zuschüssen des Landes und des Bundes.

Hier wurde zu bedenken gegeben, ob die Zuschussgeber nicht häufig falsche Anreize an die Kommunen geben. Gefördert werden vorrangig Pilotprojekte mit kurzer Laufzeit, längerfristig angelegte Projekte gibt es kaum.

Einigkeit bestand darin, dass es eine stärkere Erfolgskontrolle für die erhaltenen Gelder geben muss. Eine fristgerechte Verwendung der Zuschüsse bedeutet nicht zwangsläufig eine effiziente Verwendung. Die Zuweisungen müssen in der Zukunft eindeutig an eine zu erbringende Leistung geknüpft werden. In diesem Sinne würde eine Kommune, die besonders effiziente Programme zur Senkung des Energieverbrauchs oder gegen die Flächenversiegelungsquote hat, auch mit höheren Zuschüssen „belohnt“ werden. Kommunen würde damit ein ökonomischer Anreiz zur ökologischen Siedlungsentwicklung gegeben.

Als ein weiterer Aspekt, der den Weg von den Modellprojekten hin zu einer ökologischen bzw. nachhaltigen Standardplanung erschwert, wurden die geringen Möglichkeiten, sich zum ökologischen bzw. nachhaltigen Planer und Manager ausbilden zu lassen, thematisiert. In Deutschland und auch den Niederlanden gäbe es diesbezüglich ein erhebliches Defizit. Die Möglichkeit für die relevanten Berufsgruppen Zusatzqualifikationen zu erwerben, ist nur in eingeschränktem Maße gegeben. Die Ursache hierfür wurde darin gesehen, dass die Universitäten sich mit ihren Angeboten an der Nachfrage am Markt orientieren und diese heute z.B. in den Kommunen hinsichtlich ökologischer Siedlungsplanung noch sehr gering ist. Ökologisch bzw. nachhaltig orientierte Planer und Manager können als selbständige Unternehmer an die Kommunen herantreten; eine breitere Nachfrage der Kommunen nach entsprechend ausgebildeten Fachkräften gibt es nicht. Eine größere Nachfrage ließe sich aus Sicht der Diskutierenden durch entsprechende Nachhaltigkeitsvorgaben durch das Land oder den Bund erreichen.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage diskutiert, ob es generell einen größeren Markt für ökologische Siedlungsentwicklung gibt. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die geringe Nachfrage nicht ein Problem des Marktes sondern eher des Managements sei. Ziel muss es sein, eine breite Akzeptanz am Markt herzustellen. Eingefordert wurde hierzu neben den umweltschonenden Aspekten eine stärkere Vermittlung, über die Effizienz dieser Siedlungsform bei Betrachtung der Kosten über einen längeren Zeitraum. Als notwendig wurde gesehen, Vorstellungen und Vorurteile, die zu den Begriffen „ökologisch“ und „nachhaltig“ vorhanden sind, auszuräumen. Hierzu habe auch der übermäßige Gebrauch dieser Titulierungen und die Strapazierung der Modellhaftigkeit beigetragen. Modellprojekte seien erwünscht, um technische Neuerungen auszuprobieren, aber nicht um sie mehrfach zu wiederholen. Eine gewünschte breite Umsetzung kann nur über eine Verbreiterung der Akzeptanz am Markt erreicht werden. Es muss vermittelt werden, dass mindestens eine „emotionale Gleichwertigkeit“ mit dem konventionellen Siedlungsbau besteht.

Bei der Diskussion um Titulierungen und Attribute wurde auch noch einmal auf die einzelnen Aspekte von Nachhaltigkeit und ihre Bedeutung für den Siedlungsbau eingegangen. Einigkeit bestand darin, dass nicht immer alle drei Komponenten der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Soziales) in gleichem Maß Berücksichtigung finden können.